

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1948-1948 1948

84 (28.9.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

Abonnementspreis: Dienstag, Donnerstag, Freitag / Monatsbeitrag: DM 1,50
einschl. Transport, bei Postbestellung DM 2,16 / Anzeigen nach Preistabelle 5
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Breisgau Markgräflerland Kaiserstuhl

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 1205 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400
und Kaiserstr. 2048 / Bankkonto: Oberbayerische Bank, Zweigniederlassung
Lehr
Keine Ersatzanträge, bei Bänderung durch hoh. Gewalt / Telegramm: Neuhöfen

NR. 84 / 2. JAHRG.

DIENSTAG, DEN 28. SEPTEMBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

Berlin kommt vor den Sicherheitsrat

Kremel besteht auf Blockade und sowjetischer Kontrolle des gesamten Verkehrs zwischen Berlin und den Westzonen
Ausweichende Antwortnote — Werden sich die Sowjets aus den Vereinten Nationen zurückziehen?

Paris. Die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten gaben am Sonntag bekannt, daß sie die sowjetische Note über die Berliner Frage als unbefriedigend ansehen und daß sie die ganze Angelegenheit an den Sicherheitsrat überweisen werden. Die Bekanntmachung erfolgte in Form eines offiziellen Kommuniqués, das nach der Zusammenkunft der drei Außenminister am Quai d'Orsay herausgegeben wurde.

Kommuniqué der Westmächte

"Schuman, Bevin und Marshall", heißt es in dem Kommuniqué, "traten kurz nach Mittag am Quai d'Orsay zusammen, um die sowjetische Note vom 25. September über die Berliner Lage zu erörtern, die durch die Verhandlung und das Fortbestehen der sowjetischen Blockade der Eisenbahn-, Straßen- und Wasserverbindungen zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands verursacht wurde.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß es die sowjetische Regierung unter Verletzung des Einverständnisses unter den vier Mächten vorgezogen hat, ihre Auffassung über diese Verhandlungen einseitig der Öffentlichkeit zu unterbreiten, geben die drei Außenminister folgende Erklärung heraus:

Die Regierungen der Vereinigten Königreiche, der Vereinigten Staaten und Frankreichs stimmen darin überein, daß die sowjetische Note vom 25. September unbefriedigend ist. Die sowjetische Regierung, heißt es in der Erklärung weiter, "hat es unterlassen, die in den Noten der drei Regierungen von 22. September 1948 enthaltene Forderung, die illegale Blockade Berlins aufzuheben, zu befolgen. Die sowjetische Regierung besteht vielmehr darauf, daß der Waren- und Personenverkehr zwischen den drei Westzonen und Berlin auf dem Luft-, Eisenbahn-, Wasser- und Straßenwege von dem sowjetischen Oberkommando in Deutschland kontrolliert wird. Diese Forderung der sowjetischen Regierung ist in dem amtlichen Moskauer Kommuniqué mit besonderer Betonung erneut aufgestellt worden. Außerdem behauptet die sowjetische Note die Frage der Währung ausweichend und geht nicht auf die eindeutige, von den drei Regierungen vorgebrachte Stellungnahme ein."

Infolgedessen richteten die drei Regierungen in den Morgenstunden des Montags eine Note an die sowjetische Regierung, in der sie ihren Standpunkt eindeutig klarlegen und sie davon in Kenntnis setzen, daß sie durch das Bestehen der sowjetischen Regierung auf der Aufrechterhaltung der Blockade und auf dem Verbleiben der Beschränkung der Luftverbindungen dazu gezwungen sind, in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen gemäß der UN-Charta die Angelegenheit dem Weltfriedensrat zu überweisen.

Aufrechterhaltung des internationalen Friedens ist gefährdet

Die Außenminister der Westmächte in Paris sehen, wie Reuters diplomatischer Korrespondent am Sonntagabend schreibt, der Möglichkeit ins Auge, daß sich die Sowjetunion zum Verlassen der Vereinten Nationen entschließen könnte, weil die Westmächte die Berliner Krise vor den Sicherheitsrat bringen. Politische Beobachter in London erwarten, daß die Westmächte nach den Bestimmungen des Artikels 34 der UN-Charta vorgehen, wonach der Sicherheitsrat jeden Streitfall oder jede Situation, die zu einem Streit Anlaß geben könnte, untersuchen kann, um zu bestimmen, ob die Fortsetzung des Streites geeignet ist, die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu gefährden.

Nach Artikel 27 der Charta ist die Sowjetunion nicht in der Lage, von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen, weil sie sich als Partei, die in einen Streitfall verwickelt ist, der Abstimmung zu enthalten hat.

Nach der Erklärung, die der polnische Außenminister Modzelewski in der vergangenen Woche vor der Vollversammlung abgab, will die Sowjetunion jedem Organ der Vereinten Nationen das Recht streitig machen, die Berliner Lage zu behandeln. Aus diesem Grunde besteht die Möglichkeit, daß sich die Sowjetregierung, falls darauf bestanden werden sollte, aus den Vereinten Nationen zurückziehen wird.

Gewisse Kreise in London vermuten, daß die Entscheidung der Westmächte, die Berliner Frage vor den Sicherheitsrat zu bringen, fast wie ein Verweigerungsakt aussieht. Sie argumentieren, es sei kaum anzunehmen, daß die Sowjetregierung als Antwort auf eine Entscheidung der Vereinten Nationen die

Berliner Blockade aufheben wird, nachdem sie sich als Ergebnis der Viermächtebesprechungen auch nicht dazu verstehen konnte.

Dieser Standpunkt mag zwar richtig sein, schreibt der Reuter-Korrespondent weiter, aber die Angelegenheit nicht vor den Sicherheitsrat zu bringen, nachdem eine direkte Fühlungnahme zwischen den streitenden Parteien — wie sie in Artikel 33 der Charta empfohlen wird — ergebnislos war, würde eine Geste mangelnden Vertrauens in die UN seitens der Westmächte bedeuten. Dies würde auch im Gegensatz zu ihren wiederholten Beteuerungen stehen, ihre Außenpolitik auf die Vereinten Nationen zu stützen.

Voraussetzungen für weitere Besprechungen nicht erfüllt

Die sowjetische Regierung, heißt es in London nach der Veröffentlichung der Tass-Erklärung über die Berliner Lage, besteht auf ihrer eigenen Auslegung der Viermächte-Anweisungen an die Berliner Militärregimente.

Nach der Veröffentlichung der amtl. Tass-Erklärung, in der die Version von dem Zusammenbruch der Moskauer und Berliner Besprechungen, die in der vergangenen Woche von der Prager Zeitung "Svobodne Slovo" vertreten worden war, noch förmlicher zum Ausdruck kommt, sind diplomatische Beobachter in London der Ansicht, daß die sowjetische Antwortnote nicht die Voraussetzungen der Westmächte für weitere Besprechungen erfüllt.

Die Auffassung über die Moskauer und Berliner Besprechungen, die von "Svobodne

Slovo" vertreten wurde, ist von einem amtlichen britischen Sprecher als "eine völlige Entstellung und absolut falsch" bezeichnet worden. Die Wiederholung dieser Auffassung jedoch durch die sowjetische Nachrichtenagentur Tass und die Überbreitung der letzten sowjetischen Note zeigt, daß diese Auslegung des Verhandlungsabbruchs nicht nur die amtliche sowjetische Stellungnahme ist, sondern daß man sogar auf ihr beharrt.

Der Kern des sowjetischen Standpunktes ist der, daß die in Moskau im August ausgearbeiteten Anweisungen bedeuten, daß die sowjetischen Behörden zukünftig das Recht haben wollen, den Luftverkehr zwischen Berlin und den Westzonen zu kontrollieren.

Amerikanisches Weißbuch zu Berlin

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtigt, heute ein hundert Seiten und 24 000 Worte umfassendes Weißbuch mit sämtlichen Einzelheiten über die Verhandlungen zum Streitfall von ihrem Beginn an zu veröffentlichen.

Schwennicke: Letzter Versuch ...

Carl Hubert Schwennicke, der Vorsitzende der Berliner LDP, ist der Ansicht, daß der Beschluß der Westmächte nicht nur eine Bestätigung für das endgültige Scheitern der Moskauer Besprechungen, sondern zugleich auch ein letzter Versuch ist, die UdSSR auf diplomatischem Wege zu einer Aufgabe ihrer Eroberungspolitik zu veranlassen. Scheitert auch dieser Versuch, dann müßte mit den ernstesten Folgen für die Erhaltung des Weltfriedens gerechnet werden.

Vor einer Marshall-Plan-Krise?

Auswirkungen der politischen Entwicklung in Europa

Washington. Die Durchführung des Marshall-Planes, wird, wie gut unterrichtete diplomatische Kreise voraussagen, ebenso wie die politische Entwicklung in Europa in ein kritisches Stadium treten. Wenn nicht in der aller nächsten Zeit eine Verbesserung der politischen Lage in Europa eintritt, würden nach Ansicht dieser Kreise zahlreiche Marshall-Plan-Länder einen Teil der für einen wirklichen Wiederaufbau notwendigen Materialien und Arbeitskraft für militärische Zwecke verwenden, wie das bereits in Großbritannien der Fall ist. Eine solche Entwicklung würde bedeuten, daß die bereitgestellten Mittel für die Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft unzulänglich sein würden.

Die europäische Krise fordert nach Ansicht europäischer Diplomaten in Washington eine sofortige Beschleunigung des Planes zur militärischen Unterstützung seitens der USA. Diese Ansicht wurde von französischen Vertretern häufig zum Ausdruck gebracht. Einige Beobachter glauben, daß eine Verbindung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe die einzige logische Lösung für die Klärung der kritischen militärischen Lage in Westeuropa und die sich daraus ergebenden Nachteile für den Marshall-Plan darstellt.

Schumacher amputiert

Hannover. Dem ersten Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher, wurde am Samstag ein Bein amputiert. Wie aus dem Sekretariat Schumachers mitgeteilt wurde, ist

Wyschinski beschuldigt westliche Demokratien

Sowjetische Resolution zur Reduzierung der Streitkräfte

Paris. Die Samstagsitzung der UN-Vollversammlung stand im Zeichen der mit Spannung erwarteten Erklärung des sowjetischen Hauptdelegierten Wyschinski. Er griff in einer 44minütigen Rede, die er so schnell vortrug, daß die Uebersetzer kaum folgen konnten, die "Kriegshetze" in den westlichen Demokratien, vor allem Dingen in den Vereinigten Staaten, die Westunion und das "wilde Wettrüsten" im Westen an. Wyschinski behauptete, die westlichen Demokratien bereiteten einen neuen Krieg vor.

Die Bildung der Westunion bezeichnete er als eine direkte Verletzung der Interessen zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit der Völker. Die Zusammenarbeit der Oststaaten hingegen stelle den Versuch dar, eine neue deutsche Aggression zu verhindern. In schärfstem Ton wandte sich Wyschinski gegen die "Kriegshetze" in der westlichen Welt. Er nannte dabei namentlich den am-

die Operation gut verlaufen und der Zustand des Patienten befriedigend.

Einsturzglück in Berlin

14 Tote, 18 Verletzte

Berlin. Das Lichtspieltheater "Pamilt" stürzte am Sonntagabend während einer Vorstellung aus bisher ungeklärten Gründen über 400 anwesenden Kinobesuchern ein, wobei 14 Menschen den Tod fanden, 18 Besucher wurden schwer oder leicht verletzt. Das Kino, in dem der französische Film "Carmen" gezeigt wurde, befindet sich in unmittelbarer Nähe des Kontrollratsgebäudes. Es war notdürftig im Parterre eines zerstörten Hauses hergerichtet worden.

Verteidigungsaktionen in Deutschland Vom Verteidigungs-Ausschuß des Brüsseler Fünfmächtepaktes

Washington. Der Verteidigungs-Ausschuß des Brüsseler Fünfmächtepaktes und der Botschafterstab, der sich mit der politischen Seite des Problems befaßt, haben, wie aus den letzten Informationen der diplomatischen Kreise in Washington hervorgeht, in London weitgehende Erfolge erzielt.

Vor allem soll ein beachtlicher Fortschritt bei der Aufstellung von Plänen für gemeinsame Verteidigungsaktionen in Deutschland und für die gemeinsame Benützung von Stützpunkten und anderen Einrichtungen erzielt worden sein.

Amerikanischen Verteidigungsminister James Forrestal und den Staatssekretär für die Armee, Kenneth Royall.

Am Schluß seiner Ausführungen legte Wyschinski eine Resolution vor, in der eine Reduzierung des derzeitigen Bestandes der Land-, See- und Luftstreitkräfte der vier Großmächte um ein Drittel innerhalb eines Jahres und ein vollständiges Verbot der Atomwaffen vorgeschlagen wird. Zur Durchführung dieser Resolution soll die Versammlung die Schaffung eines internationalen Kontrollorgans empfehlen, um Abrüstungsmaßnahmen und das Verbot von Atomwaffen zu überwachen.

Während der ganzen Rede des sowjetischen Delegationsführers saß Außenminister Marshall unbeweglich, ein wenig zur Seite gelehnt. Robert Schuman blätterte ständig in seinen Akten, ohne aufzusehen.

Am Kreuzweg

Von Rechtsanwalt Friedrich Vortisch, M. d. L.

Mit stets steigender schwerer Sorge hat unsere Partei den Gang der Verhandlungen über den Zusammenschluß von Baden und Württemberg in den letzten Wochen verfolgt. Die Zeit des Finanzierens ist vorbei. Es tut not, mit aller Offenheit und aller Rücksichtslosigkeit über die Dinge zu reden. Wenn man jemandem beauftragt hätte, über die planmäßige Entzweiung von Baden und Württemberg zu verhandeln, so hätte nicht geschickter taktiert werden können, als bei diesen Verhandlungen von den beiden Regierungen in Stuttgart und Freiburg taktiert worden ist. Auf der einen Seite stehen die nach unserer Ansicht weit übersteigerten Forderungen der badischen Regierung, auf der anderen Seite der Standpunkt der nordwürttembergischen Regierung, daß der Anschluß bedingungslos erfolgen müsse. Das ist die außerordentlich peinlich wirkende Mentalität eines Onkels, der sich selbst heute sehr reich vorkommt in seinem — übrigens ebenfalls bis unter die Hohlziegel mit Hypotheken belasteten — Haus und gönnerhaft sich bereit erklärt, gudenhalber einen barfuß und zerlumpt ankommenden Westflüchtling bei sich aufzunehmen und sich dann kolossal wundert, daß wir Badener ihm nicht geführt in die Arme sinken, weil wir uns weder zerlumpt noch flüchtig vorkommen. Schon diese württembergische Taktik geht praktisch einfach aus von dem formalen Grundsatz der Majorisierung. Das ist nicht unsere Auffassung von Demokratie. Demokratie bedeutet für uns grundsätzlich in erster Linie Verständigung auch mit politischen und lokalen Minderheiten, nicht deren Majorisierung. Die Majorisierung ist nur das letzte Aufkaufmittel. Man spricht in Württemberg verächtlich vom badischen Kantongeist. Das ist aber nur der Ausdruck für die kleinlichen und lächerlichen Schattenseiten einer Mentalität der sich gegenseitig bedingenden Toleranz und Dezentralisation. Unter der Herrschaft dieses Geistes hat die benachbarte Schweiz seit 130 Jahren eine gesunde innerpolitische Entwicklung erlebt — den Frieden nach außen bewahrt. Es wird niemand behaupten wollen, daß sie dabei schlecht gefahren sei. Die Kunde davon könnte nach unserem Ermessen heute auch schon bis Stuttgart gedrungen sein. Es ist mir gerade dieser Tage ein in dem Mittelungsblatt der Arbeitsgemeinschaft "Demokratisches Deutschland" in der Schweiz veröffentlichter Aufsatz des Vorsitzenden der deutschen Liberaldemokraten in der Schweiz, Dr. Wolfgang Glaesser, in die Hand gekommen über die "Gemeindefreiheit als Kernproblem". Glaesser bespricht hier ein Buch des schweizerischen Publizisten Adolf Gasser: "Gemeindefreiheit als Rettung Europas". Gasser weist darauf hin, "daß alle diejenigen Staaten, die einem weltgetriebenen Verwaltungszentralismus huldigten, dem Totalitarismus erlagen, weil sie bereits der kollektiven Denkgewisse Vorschub geleistet hatten, und zwar auch dann, wenn äußerlich eine mustergültige demokratische Staatsverfassung das trügerische Bild einer verwirklichten Demokratie vorkaukelte." Fritz Fleiner mußte konstatieren: Im Reich und in den Einzelstaaten ist das Besitztum einer geschlossenen, von der Spitze aus geleiteten Organisation, ein weltlicher Klerus der Regierenden gegen die Regierten geworden.

Von diesem grundsätzlichen Standpunkt aus müssen wir die politische Entwicklung im südwestdeutschen Raum in Vergangenheit und Gegenwart betrachten.

Während die allgemeine politische Entwicklung im Laufe des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Baden und Württemberg parallel im Sinne eines Fortschrittes der Demokratisierung, insbesondere auch eines Fortschrittes im Verhältnis zu den andern deutschen Ländern lief, ging die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung recht verschiedene Wege. Der lange Schlauch, aus dem das Land Baden geographisch bestand und der sich auch für das Verkehrswesen hemmend und für die Verwaltung verteuernd auswirkte, hatte auf der anderen Seite eine weitgehende Erhaltung der aus den früheren staatsrechtlichen Verhältnissen übernommenen Dezentralisierung zur Folge. Mannheim, Heidelberg und Freiburg, aber auch die Mittel- und Kleinstädte konnten sich insbesondere in ihrer kulturellen Bedeutung gegenüber Karlsruhe sehr gut behaupten im Gegensatz zu Württemberg, wo Städte wie Heilbronn, Ulm, Tübingen, Reutlingen neben Stuttgart eine recht untergeordnete Rolle spielten und wo der Satz gilt: Alles und alles geht Schtuttgart zu."

Die neuen Länder Württemberg-Baden und Baden sind nach herrschender staats- und völkerrechtlicher Lehre nicht identisch mit den vor 1933 bestandenen Staaten Württemberg und Baden. Souveränität haben diese Länder zweifellos nicht. Ob sie überhaupt Staaten sind, das ist sehr bestritten. Ihre verwaltungsmäßige Struktur ist ebenso verschieden wie ihre Gesetzgebung auf weiten Gebieten. Ich erinnere nur an die Simultan-



FREIBURGER CHRONIK

Theaterwagen

Selt letzter Woche hat die Direktion der städtischen Straßenbahn Theaterwagen eingerichtet...

Der Wiederaufbau wird nicht unterbrochen

Entrümmerung geht weiter — Neue Siedlung an der Breiasser-Strasse

Wie Oberbürgermeister Dr. Hoffmann in einer Besprechung mitteilte, ist das D-Mark-Budget der Stadt aufgestellt...

Als stärkste Belastung des Haushaltes bezeichnete der Oberbürgermeister die Wiederaufbaukosten...

Wie der Oberbürgermeister weiter bekannt gab, soll auf dem Stadtgarten-Gelände eine Festhalle in der Größe des Maria-Hilf-Saales entstehen...

Freiburger Erstaufführung

John B. Priestley: Ein Inspektor kommt

Es gilt als dramaturgische Regel, daß ein gutes Theaterstück, das nicht unbedingt eine Dichtung ist...

Es geht um Ohrfeigen und Beleidigungen

Von der Tätigkeit des Freiburger Gemeinderichters — Oberrechtsrat Dr. Keller äußert sich

Frau Maier ohrfeigte Frau Müller. Nicht gerade „Lady Like“, aber es kommt vor...

Da streiten sich die Leute herum... und landen dann glücklich vor dem Gemeinderichter...

Vermögensrechtliche Streitigkeiten

In Freiburg wurden an vermögensrechtlichen Streitigkeiten im Jahre 1947: 123 Klagen erhoben...

Von den 77 Entscheidungen des Jahres 1947 gingen 11 Fälle zur Berufung weiter...

eingelegt, 1948 bis zur Währungsreform: 29 Entscheidungen, 6 Berufungen...

In das Gebiet des Gemeinderichters fallen auch Zahlungs- und Vollstreckungsbefehle...

Das Gemeindericht kann auch eine einstweilige Verfügung erlassen...

Im Jahre 1946 wurden in Freiburg beim Schiedsman in Sachen „Sühne“ (dazu zählen u. a. Beleidigungen, tätliche Angriffe) 258 Anträge eingereicht...

Gemeindericht im Rathaus untergebracht

Die Tätigkeit des Gemeinderichters in Freiburg ruhte vom November 1944 bis zum 5. April 1946...

Im Vergleich zu den Zahlen des Jahres 1937, in dem 896 Klagen und 3380 Zahlungsbefehle vorlagen...

Wechsel der Schminnfächer

Nur in Sachen „Sühne“ hat sich der Stand gegenüber früher ungefähr gehalten...

Dr. Keller hat es, wie er lächelnd meinte, mit den Jahren zu einem Stammkundenkreis gebracht...

(der fragwürdige Zeitalter ist durch ein mächtiges Palmengewächs angedeutet) bildete ein nach hinten führender Gang...

Die Rolle des Inspektors lag — in der von der Regie gewollten Auffassung — in guten Händen...

Was bietet Freiburg?

Dienstag, den 28. September: Städtische Bühnen, Casino, „Die Dubarry“, 20 Uhr...

Studio Freiburg sendet

Dienstag, den 28. September: 8.15: Nachrichten — Morgenspektakel, 8.30: Buchabend...

Wochenplan der Städt. Bühnen

Casino: Donnerstag, den 30. Sept., 20.00 Uhr: „Der Balazzo“...

Kundgebung der Europa-Union

Am 10. Oktober findet in der Straßenbahnhalle in der Urachstraße eine Kundgebung der Europa-Union statt...

Aus dem Polizeibericht

Verhaftet wurde ein bei einem reisenden Unternehmen beschäftigter Hilfsarbeiter, der von der Staatsanwaltschaft Hildesheim wegen schweren Diebstahls verfolgt wurde...

Die Partei spricht

Am Samstag fand in Freiburg, Gasthaus „zum grünen Baum“, eine Kreisauerschulung statt...

Lokalausgabe: I. V. Dr. G. Faber, Gesundheitsstelle, Freiburg, Hildstr. 2a (Telefon 2763)

Liederkonzert Agathe Rott

Agathe Rott, die wir zum ersten Male in der Öffentlichkeit hörten, bringt Wesentliches an Voraussetzungen mit für eine erfolgreiche Konzertsängerin...

